



Hans-Peter Thietz meint:

Nun aber raus aus der EU!

Es ist leider dringlich, sich an dieser Stelle wieder einmal mit der inländischen politischen Situation zu befassen. Neben anderen akuten Problemen steht hier wohl unstrittig die Immigrantfrage im Vordergrund.

Nun wird uns in den öffentlichen Medien weisgemacht, der Millionen-Ansturm des vergangenen Jahres sei ja vorbei und die zuständigen Stellen würden so z. B. monatlich nur noch 5.000 Asylanträge bearbeitet, was über das Jahr ja „nur“ noch 60.000 Fälle bedeutet – gegenüber etwa einer Million eingedrungener Immigranten von 2015. Und so würde die bisherige bayerische Forderung nach einer Obergrenze von jährlich nur 200.000 nun gegenstandslos geworden sein, da durch die realen Entwicklungen inzwischen überholt.

Aber das ist eine absolute Verniedlichung der Situation. Abgesehen von stetigen, von uns nicht nachprüfbar Internet-Meldungen über ständige zahlreiche Nachtflüge mit Asylanten, die an diesen offiziellen Meldungen vorbei auf bundesdeutschen Flugplätzen anlanden würden, hat auch letztlich die Bayerische Regierung das Problem des nun noch anstehenden Familiennachzugs zur Sprache gebracht. Bekanntlich besteht die Hauptmasse der eingeströmten „Asylanten“ ja aus jungen Männern wie auch sogenannten unbegleiteten Jugendlichen, die offensichtlich von ihren Heimatfamilien vorausgeschickt wurden, um durch diese ihre Angehörigen dann im Rahmen des sogenannten Familiennachzugs nachgeholt zu werden. Und hier muss man ja logischerweise davon ausgehen, dass dies die beiden Elternteile und weitere Geschwister bedeuten dürfte, und wir selbst bei vorsichtiger Schätzung von 50 % dieser „Asylanten“ in den Bereich weiterer zusätzlich eindringender Millionen gelangen würden!

So schätzt Seehofer sogar eine Anzahl von 3 bis 9 Millionen:

<https://www.youtube.com/watch?v=qY1ldBmZP44>

Nach meiner Überzeugung ist deshalb die Forderung nach einer solchen Obergrenze durchaus noch nicht vom Tisch, allerdings unter strikter Einbeziehung dieses sogenannten Familiennachzuges! Wären also diese 200.000 „Asylanten“-plätze im Jahr ausgeschöpft, wird dann auch für jenes Jahr jeder weitere „Familiennachzug“ gestoppt und ausgesetzt! Doch das setzt einen Weiterbestand der jetzt eben wieder eingeführten Grenzkontrollen voraus. Ist also das Kontingent der 200.000 überquerenden „Asylanten“ ausgeschöpft, wird die Grenze für jeden weiteren Neankömmling geschlossen und dieser abgewiesen.

Aber das Problem ist erschreckenderweise darüber hinaus ganz grundsätzlicher Art. So wird mit großem Neid gesehen, dass die Deutschen durch ihren Arbeitsfleiß und ihren Ideenreichtum international stets mit an vorderster Stelle stehen und wirtschaftlich hier in Europa dominierend sind – siehe den letzten Weltkrieg, nach dem unser Land durch strategisch unsinnige Luftangriffe in Schutt und Asche gelegt wurde, sich aber durch seinen Fleiß sofort wieder aufraffte und neben dem US-Dollar sich mit der D-Mark die mit weltbeste Währung erarbeitete. Und wenn man es nicht erreichen konnte, durch zwei Weltkriege Deutschland auf Dauer auszuschalten (siehe auch das bei Kopp von Wolfgang Effenberger und Jim Macgregor eben erschienene Buch „Sie wollten den Krieg – wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete“).

So ist nun offensichtlich konsequenterweise geplant, das deutsche Volk als solches durch massenhafte Infiltration mit Ausländern vom Inneren her aufzulösen und so dauerhaft auszuschalten. Siehe auch die Artikelserie „Deutschland esse delendam – Deutschland muss vernichtet werden“ in der englischen „The Saturday Review“ vom 11. 9. 1897.

Und diese Entwicklung wird offenbar durch die Organe der EU unterstützt und vorangetrieben, wie hierzu in den 10/2016-UN („Unabhängige Nachrichten“) zu lesen ist:



„Neuansiedlung

Dies passiert inzwischen nicht mehr heimlich in abgeschotteten Hinterzimmern, sondern ganz offiziell mittels Pressemitteilung:

»Brüssel, 13. Juli 2016. Die Europäische Kommission schlägt heute einen EU-Neuansiedlungsrahmen vor. Damit soll eine gemeinsame europäische Neuansiedlungspolitik festgelegt werden als eine langfristige Strategie für eine bessere Steuerung der Migration.«

»Der künftige Neuansiedlungsrahmen soll durch jährliche EU-Neuansiedlungspläne umgesetzt werden, [...] die durch gezielte von der Kommission angenommene EU-Neuansiedlungsprogramme in die Praxis umgesetzt werden.«

Und:

»Zur Unterstützung der Neuansiedlungsbemühungen der Mitgliedstaaten im Rahmen der gezielten EU-Programme stellt die Kommission für jede neu angesiedelte Person 10.000 EUR aus dem EU-Haushalt zur Verfügung.«

Das alles geht mit der generellen Strategie einher, möglichst alle gesellschaftlichen Strukturen wie insbesondere die Institution der klassischen Familie aufzulösen, um eine so entstehende strukturlose Menschmasse besser beherrschen zu können – hierzu die UN weiter:

„Soziale Elternschaft-Auffangkonstrukt für Homos?

Es solle außerdem ein Rechtsinstitut

»soziale Elternschaft« eingeführt werden. Das heißt, Eltern eines Kindes können nicht nur die biologischen Eltern sein, sondern letztlich jeder, der ein »Elter« [so der Gender-Neusprech] sein möchte. »Dieses Rechtsinstitut soll ermöglichen, dass neben den leiblichen Eltern maximal zwei weiteren Erwachsenen elterliche Mitverantwortung übertragen werden kann, also zum Beispiel den neuen Partnerinnen der leiblichen Eltern.«

In sogenannten Mehrelternkonstellationen solle es aufgrund einer laut Beck und Döring einzuführenden »Elternschaftsvereinbarung« möglich sein, bereits vor der Geburt eines Kindes rechtlich verbindliche Regelungen für das Kind zu treffen.

»So könnte ein lesbisches und ein schwules Paar, die gemeinsam in einer Regenbogenfamilie ein Kind bekommen wollen, bereits vor der Geburt den jeweils nicht leiblichen Eltern »elterliche Mitverantwortung« übertragen oder zwischen Mutter und Samenspender verbindliche Regelungen zur Vater-Kind-Beziehung vereinbart werden.«

Und auch das ansonsten zu hörende Argument, durch die geringe deutsche Geburtenrate brauchten wir die Einwanderung, sonst würden der Wirtschaft mehr und mehr die Arbeitskräfte fehlen – wie schafft das dann die kleine Schweiz, sich wirtschaftlich zu behaupten? Und im Gegenteil hierzu werden jetzt in den Medien erste Befürchtungen laut, es stünde eine weitreichende technische Revolution bevor, in der mehr und mehr und in grundsätzlicher Weise die menschliche Arbeit durch intelligent gesteuerte Maschinen (siehe auch Automatisierung des Autoverkehrs ohne noch notwendige menschliche Steuerung) übernommen wird, sodass sogar eine um sich greifende Arbeitslosigkeit zu befürchten ist.

Es müsste doch eine Selbstverständlichkeit sein, dass hier auf deutschem Boden natürlich deutsches Recht ausschlaggebend ist. Und es zeichnen sich bereits erste Auswirkungen der landesweiten »Asylanten«-Verfremdung ab. So machte jetzt ein Sozialfall Schlagzeilen, in dem ein Ausländer seine vier Ehefrauen nachgeholt, mit zudem 23 Kindern! Und die bundesdeutsche Instanz wird offenbar alle diese Personen im Umfang der Sozialhilfe berücksichtigen müssen, wozu ein Nutzer im Internet berechnet hat:

„Interessant übrigens ist, dass man in Syrien eine so große Familie haben kann, ohne dass der Staat irgendetwas dazugibt – während man in Deutschland mit dem Modell 4 Frauen und 23 Kinder 30.030 € = (im Jahr 360.360 €) Geld- und

Sachleistungen leistungslos erhalten kann, und zahlt diesem Ausländer offenbar problemlos monatlich!!“

Also – vier Ehefrauen? Seit wann haben wird denn in Deutschland die Vielweiberei? Auf deutschem Boden kann doch nur ausschließlich deutsches Recht gelten! Und es wird auch gemunkelt, dass in einzelnen Fällen bereits die Anwendung der Scharia toleriert wird! Also eine generelle Verfremdung unserer deutschen Verhältnisse durch die Hintertür! Und dann tönt Frau Merkel, Deutschland würde uns natürlich voll erhalten bleiben, wie es uns lieb und teuer ist!

Ist das nicht unglaublich?

Und: „Ein Urteil sorgt bundesweit für Empörung: Fünf Migranten haben sich einer bestialischen Gruppenvergewaltigung an einer 14-Jährigen schuldig gemacht. Und das Hamburger Landgericht entschied viermal nur auf Bewährungsstrafe. Die serbischen Großfamilien, so berichtete die Presse, bejubelten die faktischen Freisprüche für vier ihrer barbarischen Zöglinge. Und wir wundern uns, dass die keinerlei Respekt haben vor unserem Staat?“

Wenn das nun fünf Deutsche gewesen wären und eine 14-jährige Asylanantin, was dann?

Die richtige Lösung wäre doch, diese Kriminellen strikt auszuweisen, und wenn bereits eingebürgert, mit zuvoriger Aberkennung. Und – falls Probleme mit einem bestehenden Klan, diesen gleich mit!

Oder – ein ländlicher Mitbürger wollte, da im Ort Leopoldshöhe noch bei seinen Eltern wohnend, eine etwas dezentral gelegene Scheune in ein Einfamilienhaus umbauen und reichte hierzu einen entsprechenden Bauantrag bei seiner Behörde ein. Weiter in den „UN“:

„Die Kreisverwaltung Lippe lehnte den Antrag ab: Der Hofläge im »Außenbereich« der Siedlung, und für den gäbe es keinen Bebauungsplan, und die Kreisverwaltung wolle die Bildung von sogenannten »Splittersiedlungen« verhindern. Jedoch bestünden Ausnahmeregelungen für Flüchtlingswohnungen:

Dem Antragsteller wurde beschieden, dass er die Scheune unter der Bedingung umbauen könne, wenn er sie für die Dauer von drei Jahren für Flüchtlinge zur Verfügung stellen würde. Dann würden auch die Ausnahmen-Sonderregelungen für Flüchtlingsunterkünfte greifen statt der »allgemeinen Bauregeln«.

Und dann der Hammer: „Der Eigentümer verpflichtet sich, das Gebäude nach Ablauf der Nutzung als Unterkunft

für Flüchtlinge und Asylsuchende ersatzlos und entschädigungsfrei auf den zulässigen Stand zurückzubauen.“

Also auch hier schon wieder – Ausnahmeregelungen neben dem deutschen Baurecht speziell für Flüchtlinge! Können Sie sich vorstellen, dass man irgendwo im Ausland solche speziellen Ausnahmeregelungen für deutsche Umsiedler schafft? Die würden selbstverständlich voll den dortigen rechtlichen Gegebenheiten unterliegen!

Hierzu die Kontaktdaten:

- *Bürgermeisteramt Leopoldshöhe; Bürgermeister Gerhard Schemmel, Tel. 05208/991-400*
- *Kreisverwaltung Lippe, Dietmar Vehmeier, Fachdienst Bauen, Tel. 05231/62-608.*

Und Frau Bundeskanzlerin Merkel versicherte uns kürzlich stattdessen: „Deutschland wird Deutschland bleiben – mit allem, was uns daran lieb und teuer ist!“ Ist das nicht blanker Hohn?

Da gibt es insgesamt doch wohl nur noch eine zwingende Konsequenz: Austritt aus der EU und zurück in die selbstbestimmende Geborgenheit des klassischen Nationalstaates! Doch wie soll das zu erreichen sein? Das ist nur durch eine breiteste Bürgerbewegung denkbar, klassischerweise durch eine Volksabstimmung, also ein Referendum. Obwohl grundsätzlich ja nicht vorgesehen, soll es wohl doch in einzelnen Bundesländern diese Möglichkeit geben, und das mit entsprechend höheren Hürden. Wenn man das dort realisieren könnte, würde man das Ganze nicht mehr ignorieren können! Hätten Sie hierzu konkretere Ratschläge?

Zum Abschluss noch ein kleiner Vorfall, der sich soeben bei mir ereignete und ein Schlaglicht darauf werfen dürfte, welche Stimmung hierzu bei unseren Bürgern herrscht:

Vor einigen Jahren hatte ich von einem Versandhaus ein Blechschild erstanden, das einen kaiserlichen Reichsadler zeigt, mit der Aufschrift „Deutsches Schutzgebiet“.

Bei einer eben erfolgten Postanlieferung sah der betreffende Bote dieses Schild und bemerkte – „Ja, dann bin ich ja hier genau richtig!“.

Ihr H.-P. Thietz
(ehem. Mitglied des Rechtsausschusses der letzten DDR-Volkskammer und Mitglied des Politischen Ausschusses des Europa-Parlaments)